

Hugo Müller-Vogg

„Mehr Markt, weniger Staat“

**Norbert Walter/Klaus
Günter Deutsch (Hg.):
Mehr Wachstum
für Deutschland.**

Die Reformagenda.

Campus Verlag,
Frankfurt 2004,
444 Seiten, 34,90 Euro.

**Kilian Bizer/Werner
Sesselmeier: Reform-
projekt D. Wie wir die
Zukunft gestalten**

können. Primus Verlag,
Darmstadt 2004,
176 Seiten, 16,90 Euro.

**Christoph Keese: Rettet
den Kapitalismus.
Wie Deutschland wieder
an die Spitze kommt.**

Hoffmann und Campe,
Hamburg, 2004,
304 Seiten, 19,90 Euro.

Zu den gängigen Talkshow-Floskeln gehört die seufzend vorgetragene Feststellung, es gäbe kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Das soll heißen: Man ist sich einig, dass sich vieles ändern muss, aber es fällt halt schwer, das Notwendige zu tun.

Wenn es doch nur so wäre! Wenn man sich in diesem Land wirklich einig wäre, dass chronische Wachstumsschwäche, hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, leere Staatskassen, demografische Verwerfungen und globale Veränderungen gar keine andere Wahl lassen, als vom ebenso bequemen wie gefährlichen Pfad des „Weiter so“ abzuweichen!

Aber davon ist man weit entfernt. Die Regierung scheint, ermattet von der „Agenda 2010“, dem Tag entgegenzudämmern, an dem die Früchte der Anstrengungen zu ernten sind. Doch so reichlich wird die Ernte nicht ausfallen, um von da an wieder zum „business as usual“ zurückkehren zu können. Und die Opposition? Die bläst die Backen auf und verkündet vollmundig, sie werde das Land erst richtig vom Kopf auf die Füße stellen. Aber sie verrät nicht, wie sie das bewerkstelligen will.

Nein, es ist noch nicht so weit, dass die Notwendigkeit zu strukturellen

Veränderungen allgemein anerkannt würde. Vor allem deshalb, weil den meisten Menschen noch gar nicht bewusst ist, wie es um dieses Land steht. Es geht uns noch immer wesentlich besser als etwa den Briten und den Amerikanern in den achtziger Jahren oder den Schweden Anfang der neunziger, als in diesen Ländern rückläufige Produktion und massive Zahlungsbilanz- und Wechselkurskrisen eine neue Politik geradezu erzwingen. Hier zu Lande ist der Problemdruck noch nicht groß genug – und dementsprechend gering ist die Bereitschaft der Menschen, sich mit Veränderungen abzufinden, besonders mit solchen, die „wehtun.“

Regierung, Opposition und Wissenschaft sind sich einig, dass dieses Land wirtschaftlich nur wieder nach vorn kommen kann, wenn der Einfluss des Staates zurückgedrängt wird und private Initiative wieder mehr Spielraum erhält, wenn die Staatsfürsorge zum Teil abgelöst beziehungs-

weise ergänzt wird durch private Vorsorge, kurz, wenn aus dem Slogan „mehr Markt, weniger Staat“ konkrete Politik wird. Genau das wird auch in allen drei Neuer-scheinungen gefordert und schlüssig begründet – mit Unterschieden in den Details, aber bei weit gehender Übereinstimmung in den großen Linien.

In dem Sammelband von Walter und Deutsch, in dem überwiegend Ökonomen aus der Deutschen Bank zu Wort kommen, wird der Schwerpunkt auf eine Verbesserung der Angebotsbedingungen gelegt. Im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen nicht vier Millionen Arbeitslose und die in der Talkshow-Demokratie vorherrschende Fragestellung, wie schafft man es, mehr Menschen zu einem Job zu verhelfen. Nein, aus der Sicht der Bank-Ökonomen wird umgekehrt ein Schuh daraus: Weil die Deutschen zu wenig arbeiten – zu spät in den Beruf, zu früh in die Rente, zu kurze Wochenarbeitszeiten – fällt das Wachstum zu niedrig aus.

Die Therapievorschläge setzen deshalb konsequent auf der Angebotsseite an: Eine höhere Regelarbeitszeit, eine dauerhafte Zuwanderung, höhere Erwerbsquoten und eine Verschiebung des Renteneintrittsalters wür-

den das Wachstumspotenzial erhöhen und somit auch die Nachfrage nach Arbeit. Zudem müsste die Tarifpolitik verändert werden, insbesondere durch die Einführung betrieblicher Öffnungsklauseln. Bei den Steuern drängen die Autoren auf eine Vereinfachung des Systems und vor allem auf niedrigere Grenzsteuersätze bei der Einkommensteuer. Finanziert werden soll diese Absenkung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Punkte. Das alles ergibt ein schlüssiges Gesamtkonzept und ist dank zahlreicher Schaubilder und Tabellen informativ aufbereitet.

Reformbremsen

In *Mehr Wachstum für Deutschland* wird sehr einprägsam dargestellt, warum „Reformstau“ nicht nur ein deutscher Begriff ist, sondern welche Gründe hier manches unmöglich erscheinen lassen, was anderenorts bereits möglich geworden ist. Die Gründe, teils auf der Ebene des Individuums, teils im Bereich der Institutionen angesiedelt, sind nicht allesamt „typisch deutsch“. Aber in ihrer Kombination sind sie es schon.

Die Deutschen sind eben – relativ – nach wie vor reich und streben nach Gleichheit, was irgendwie

träge macht. Weil aber nicht mehr alles so ist, wie es in der guten alten Zeit einmal war, greift eine kollektive Depression um sich – auch nicht gerade der ideale Nährboden für kühne Reformen. Hinzu kommen die Risikoscheu einerseits – nur vier von 100 Deutschen wagten zwischen 1998 und 2002 den Sprung in die Selbstständigkeit gegenüber neun von 100 Amerikanern – und andererseits die nach wie vor weiche soziale Hängematte.

Auch bei den institutionellen Regelungen konstatieren die Autoren gleich mehrere Reformbremsen: den „permanenten Wahlkampf“ wie den „lähmenden Föderalismus“. Nicht zuletzt: Die Skepsis der deutschen Politiker gegenüber Markt, Wettbewerb und der Fähigkeit des Einzelnen, für sich zu sorgen. „Die umständlichen Anlagenvorschriften im Rahmen der Riester-Rente sind exemplarisch.“

Der Beitrag „Reformstau – Ursachen und Lösungen“ (von Stefan Bergheim, Marco Neuhaus und Stefan Schneider) bildet sinnigerweise den Schluss des Buches und relativiert damit zwangsläufig manches, was vorher munter vorgeschlagen wurde. Aber was ist konkret mit der Erkenntnis anzufangen, dass es schwierig ist, ein System

zu reformieren, „das quasi aufgrund seiner Konstruktion zur Lähmung tendiert“?

Information und Aufklärung

Die Autoren fordern mehr Information und mehr Aufklärung, wollen den Bürgern vor Augen führen, dass unterlassene Reformen sie in Zukunft teurer zu stehen kommen können als aktuelle Einbußen im Gefolge gegenwärtiger Veränderungen. Doch dann gleiten sie auf eine gefährlich unpolitische Ebene ab, fordern nicht nur den Rat, sondern die Tat von „Experten.“

Da beschleicht einen das Gefühl, die Denker von der Deutschen Bank wollten das Land so verändern, wie man ein Unternehmen verändert: Die „Consultants“ sagen, was zu tun ist, das Management ordnet genau das an, und die Mitarbeiter führen es aus. Aber so einfach ist das in der Politik nicht. Ganz nebenbei: Auch in den Unternehmen müssen manchmal „dicke Bretter gebohrt“ werden – und nicht allen Spitzenmanagern gelingt das gleich gut.

Die Autoren Kilian Bizer und Werner Sesselmeier setzen für ihr *Reformprojekt D* zwei zentrale Ziele: wirtschaftliches Wachstum und Voll-

beschäftigung. Die halten sie für mehrheitsfähig – und für erreichbar, aber nur um den Preis großer Anpassungen. Neue Rezepte, die in der Reformdebatte der letzten Jahre noch nicht aufgetaucht sind, liefern die beiden Ökonomen von der TU Darmstadt ebenso wenig wie ihre Kollegen von der Deutschen Bank. Doch orientieren sie sich stark an den Vorschlägen ihres Darmstädter Kollegen, des Regierungs-Beraters Bert Rürup, der zu diesem Band auch ein Geleitwort beige-steuert hat.

Bizer/Sesselmeier gehen deutlich über Schröders „Agenda 2010“ hinaus und befürworten die als „Kopfpauschale“ verunglimpfte Bürgerversicherung. Sie sind aber nicht so konsequent wie die CDU in ihrem Herzog-Papier und mit ihren Leipziger Parteitagebschlüssen von 2003. Anders formuliert: Bizer/Sesselmeier versuchen, möglichst viel von der „Sozialen Marktwirtschaft“ aus der alten Bonner Republik zu bewahren, während Angela Merkel mit Roman Herzogs Hilfe bekanntlich den Versuch gestartet hat, die CDU wieder zurück zu Ludwig Erhard zu führen, also zu einer Politik, die „sozial“ nicht so groß und „Markt“ nicht so klein schreibt wie in den neunziger Jahren.

Die Bemühungen, möglichst viel vom bestehenden System zu retten, wird besonders bei den steuerpolitischen Vorschlägen deutlich. Ein neues System lehnen sie ebenso ab wie eine generelle Senkung der Steuersätze. Stattdessen wollen sie das Einkommensteuerrecht durch eine Heraufsetzung der Werbungskostenpauschale, die Einführung einer Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge sowie eine Vereinfachung der Formulare reparieren. Echte Reformen – siehe Paul Kirchhoff, Friedrich Merz und FDP-Modell – sehen anders aus.

Bizer/Sesselmeier argumentieren im Stil der Darmstädter „Rürup-Schule“ immer wieder politisch, weisen zu Recht darauf hin, „dass eine Reformpolitik, die sich völlig unabhängig von den Wünschen der Bürger wähnt“, keine Mehrheiten findet und folglich zum Scheitern verurteilt ist. Und sie machen deutlich, dass keine Regierung alle notwendigen Veränderungen auf einmal anpacken kann, dass aber gerade deshalb eine „Reformstrategie“ notwendig ist, „welche die Richtung vorgibt, die über einzelne Reformschritte zu verfolgen ist“. Genau daran krankt die „Agenda 2010“, weil sie ein Schnellschuss war

und nicht Bestandteil eines Schlachtplanes. Und genau das, nämlich eine Strategie, ist auch in den teilweise divergierenden Alternativen von CDU und CSU nicht so recht erkennbar.

Wie wichtig aber ein Gesamtkonzept wäre, das wird in diesem Band sehr prägnant und gerade deshalb sehr deutlich begründet: Die Säulen des deutschen Wohlfahrtsstaates bröckeln. Der „normale“ Arbeitnehmer hat heute nicht mehr eine Vollzeitstelle von der Schule bis zur Rente mit 65, der allein verdienende Familienvater ist nicht mehr der Regelfall, die Erwartung, der Staat werde in allen Lebenslagen einen bestimmten, einmal erreichten Lebensstandard absichern, kann nicht mehr erfüllt werden, und Vollbeschäftigung – die Basis unseres Sozialsystems – herrscht schon lange nicht mehr.

Auch das dritte der hier vorgestellten Bücher beschäftigt sich mit Reformstau und Reformzwang. Christoph Keese hat zwar Wirtschaftswissenschaften studiert, ist aber in erster Linie Journalist. So ist sein Plädoyer, den „Kapitalismus zu retten“, eine journalistische Auseinandersetzung mit den gängigen Vorurteilen gegen Markt und Kapital, den Auswüchsen des deut-

schen Sozialstaates, der zu höchst unsozialen Verhältnissen geführt hat – nämlich hoher Dauerarbeitslosigkeit – sowie ein ebenso leidenschaftliches wie optimistisches Plädoyer für marktwirtschaftliche Reformen. Diesen Kampf führt Keese auf lockere, gut lesbare Weise, untermauert mit Ausflügen in die Theorie sowie in die Geschichte und vor allem mit vielen praktischen Beispielen dafür, wie der Staat, seine Institutionen und die organisierten Interessen Wachstum behindern, Arbeitslosigkeit verschärfen und Deutschlands Abstieg beschleunigen.

Keese ist dennoch Optimist. Die Bundesrepublik im Jahre 2029 – also im achtzigsten Jahr ihres Bestehens – kann aus seiner Sicht ein Land „ohne Arbeitslosigkeit“ sein, ein „Modell für Staaten auf der ganzen Welt“. Aber das erfordere eben eine „Renaissance des Kapitalismus“. Kapitalismus? Heißt das nicht Ausbeutung und Massenelement? Keese, Jahrgang 1964, hat da keine begrifflichen Probleme. Marktwirtschaft und Kapitalismus sind für ihn dasselbe.

Da scheint der Wunsch nach einem eingängigen und Aufsehen erregenden Titel zu Lasten der begrifflichen Klarheit ge-

gangen zu sein. Auch kokettiert Keese zu sehr damit, die Umwandlung Deutschlands in eine „kapitalistische Republik“ wäre doch eigentlich ein linkes Projekt, erfülle doch „linke Forderungen“ wie Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Selbstverwirklichung, Einheit von Mensch und Arbeit sowie Teilhabe an der Macht.

Nein, „linke Forderungen“ sind gerade mit dem marktwirtschaftlichen Modell nicht kompatibel. Denn die deutsche Linke setzt Gerechtigkeit gleich mit Umverteilung, Gleichheit mit Gleichmacherei, Selbstverwirklichung mit weniger Leistungsdruck, „Einheit von Mensch und Arbeit“ mit innerbetrieblicher Mitbestimmung und „Teilhabe an der Macht“ mit dem Zusammenspiel von Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Staatsapparat zum Wohl des „kleinen Mannes“.

In einem Punkt hat Keese völlig Recht: Die Marktwirtschaft wird heute nicht mehr von den Staatssozialisten bekämpft und gefährdet. Die größte Gefahr ist die Staatsgläubigkeit der Deutschen. Mit anderen Worten: Es gibt ein Erkenntnisproblem. Und das lässt sich nur bekämpfen mit den Mitteln der Aufklärung – auch durch Bücher wie diese.